

Fragen

für die Fragestunde der 93. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. März 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	16, 17	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	30, 31	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 18
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 11
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	19, 20	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	35, 36	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 34
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 23	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 33		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welcher rechtlichen Argumentation begründet die Bundesregierung die Ablehnung der Diskussion über Forderungen auch der neuen griechischen Regierung nach Reparationszahlungen Deutschlands insbesondere mit Blick darauf, dass seit 1990 fast jede griechische Regierung betont hatte, diese Ansprüche seien auch nach der Wiedervereinigung und durch Abschluss des Zwei-Plus-Vier-Vertrages, an dem Griechenland nicht beteiligt war, keineswegs abgegolten und es habe auch nie einen Verzicht auf Reparationszahlungen gegeben (vgl. FAZ und Süddeutsche Zeitung vom 12. März 2015), und ist die Bundesregierung nicht wenigstens bereit, mit der griechischen Regierung darüber zu verhandeln, wie im Sonderfall des Zwangskredits von 476 Mio. Reichsmark, die die deutschen Besatzer der griechischen Notenbank im Jahr 1942 abpressten, eine Rückzahlung erfolgen soll (ARD-Magazin Kontraste am 12. März 2015)?

2. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den Plänen der bundeseigenen Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) für ein Eisenhydroxid-Lager im Altdöberner See ein, wonach jährlich bis zu 200 000 Kubikmeter in den See gekippt werden sollen (www.rbb-online.de vom 6. März 2015 „Bergbausaniierer will Rotschlamm in einen See pumpen“)?

3. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf Basis welcher Gutachten und Erkenntnisse wählte die LMBV den Altdöberner See als bestmöglichen Ort, und was gab den Ausschlag, sich gegen Alternativen wie Deponierung oder Verwertung zu entscheiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

4. Abgeordnete
Corinna Rütter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt, dass bei einer Neufassung der Arbeitsstättenverordnung in dem Sinne, dass nur noch die Räume barrierefrei gestaltet sein müssten, die von Beschäftigten mit Behinderungen genutzt werden, berufliche Ein-

satzmöglichkeiten, Beförderungen und Versetzungswünsche von behinderten Beschäftigten innerhalb des Unternehmens nicht eingeschränkt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

5. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welchen Betrag belief sich das an Friedrich Merz bezahlte Honorar für seinen Beitrag auf der TTIP-Dialogveranstaltung (TTIP – Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA) am 4. März 2015 im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, und welche Erkenntnisse zum Thema Agrarhandel wurden an dem Abend für die weitere politische Debatte um die geplanten Abkommen gewonnen?
6. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit nimmt die Bundesregierung die Studie zu deutlich erhöhten Flugweiten von Maispollen (www.enveurope.com/content/pdf/s12302-014-0024-3.pdf) sowie die darauf basierende Entscheidung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, eine Überprüfung der Risikobewertung für den gentechnisch veränderten Mais 1507 vorzunehmen, zum Anlass, diesen Erkenntnissen durch eine Novellierung des Gentechnikgesetzes bzw. der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung hinsichtlich erweiterter Abstandsregelungen sowie weiterer Koexistenzmaßnahmen zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft Rechnung zu tragen, und wenn nicht, warum sieht die Bundesregierung hier keinen Handlungsbedarf?
7. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich der Entscheidung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), die Einsatzgenehmigung der Insektizide Dipel ES und Karate Forst in Naturschutzgebieten in das Ermessen der Bundesländerbehörden zu stellen, ohne die bisher zwingende Voraussetzung einer Notfallzulassung durch das BVL vorzusehen (vgl. Gemeinsames Informationspapier von Bundesamt für Naturschutz [BfN] und Umweltbundesamt [UBA] „Pflanzenschutz mit Luftfahrzeugen – Naturschutzfachliche Hinweise für die Genehmigungsprüfung“, März 2015), und wie bewertet die Bundesregierung die

Tatsache, dass die bis zum 19. Februar 2015 gültigen Einsatzbeschränkungen für Insektizidausbringung mit Luftfahrzeugen (grundsätzlich keine Anwendung in Naturschutzgebieten, Anwendung auf maximal der Hälfte der zusammenhängenden Waldfläche) durch neu geschaffene Ausnahmetatbestände im Rahmen der Neuregelung aufgeweicht wurden (vgl. Anwendungsbestimmungen in den Anlagen zum Gemeinsamen Informationspapier sowie Präsentation von Dr. Petra Pucelik-Günther vom Mai 2014 unter <http://bit.ly/1Cc7C8x>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

8. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung aus Anlass des Rücktritts des Bürgermeisters in Tröglitz zur Stärkung der Zivilgesellschaft, und wie kann nach Auffassung der Bundesregierung das bereits vorhandene Angebot der vom Bund geförderten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus verstetigt und ausgebaut werden?
9. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung auch nach den kürzlich im Zwischenbericht zu der in der letzten Wahlperiode von Bund, Ländern und Verbänden vereinbarten „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ veröffentlichten Zahlen, nach denen das Ziel, die Ausbildungszahlen in der Altenpflege zu erhöhen, weit übertroffen wurde, weiterhin für notwendig, eine einheitliche Ausbildung zu installieren, um den Altenpflegeberuf attraktiver zu machen, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

10. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung für die angekündigte Etablierung eines Pflegeberufegesetzes aus, und wird die Bundesregierung die Spezialisierung in Alten-, Kinder- und Krankenpflege erhalten und damit die Ausbildung integrativ ausrichten?

11. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts der Berichterstattung über die Probleme in der bedarfsgerechten Versorgung von älteren, erkrankten oder behinderten Menschen mit Windeln (vgl. DER SPIEGEL vom 7. März 2015), im Sinne der Betroffenen tätig zu werden und zu verhindern, dass diese sich im Einzelfall an das Bundesversicherungsamt wenden oder geeignete Produkte selbst finanzieren müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

12. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Lokomotiven und Triebwagen der Deutschen Bahn AG mit Dieselantrieb verfügten in den Jahren 2010 bis 2015 nach Kenntnis der Bundesregierung über keinen Rußpartikelfilter (bitte nach Jahren und im Verhältnis zum Gesamtbestand aller Lokomotiven und Triebwagen der Deutschen Bahn AG angeben), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
13. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Deutsche Bahn AG beim Brandschutzkonzept für den geplanten Tiefbahnhof von Stuttgart 21 davon ausgeht, dass nicht alle Züge voll besetzt sind (Odysso – Wissen im SWR, Sendung vom 5. März 2015 im SWR-Fernsehen), und von welcher maximal zu entfluchtenden Personenzahl geht die Bundesregierung pro Bahnsteig aus, wenn an beiden Gleisen voll besetzte Züge mit den längsten Zügeinheiten halten?
14. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen nationalen Regelungen für Betriebsbeihilfen zur Finanzierung von Flughäfen arbeitet die Bundesregierung im Zusammenhang mit den EU-Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (2014/c 99/03), und bis wann sollen diese vorliegen?

15. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo genau wird die Bundesregierung die von den EU-Leitlinien in den §§ 161 bis 163 geforderte umfassende Webseite über staatliche Beihilfen für Flughäfen und den Luftverkehrssektor veröffentlichen, und bis wann soll diese veröffentlicht sein?
16. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung die im Gesetzentwurf zur „Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen“ (Bundestagsdrucksache 18/3990) prognostizierte „Haushaltswirkung ohne Erfüllungsaufwand“, welche auf der „Prognose der Einnahmen aus dem Verkauf von Vignetten an Halter von im Ausland zugelassenen Fahrzeugen im Rahmen der Einführung einer Infrastrukturabgabe“ basiert, im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsprozesses vor allem vor dem Hintergrund abweichender Schätzungen (u. a. von Ralf Ratzenberger „Abschätzung der Gebühreneinnahmen aus einer Autobahnvignette für Pkw“ im Auftrag des ADAC) umfassend plausibilisieren und validieren lassen (bitte begründen), und wenn ja, wann soll die eingehende Überprüfung der Haushaltswirkung abgeschlossen werden?
17. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik an der Pkw-Maut seitens der Europäischen Kommission (siehe www.welt.de/politik/deutschland/article137917287/EU-Juristen-sehen-Diskriminierung-durch-Pkw-Maut.html), die Pkw-Mautpläne der Bundesregierung würden gegen das europäische Diskriminierungsverbot verstoßen, und welchen Einfluss hätte nach Ansicht der Bundesregierung die Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens auf ein Ausschreibungsverfahren bezüglich der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur favorisierten Übertragung der Berechnung, Erhebung und Verwaltung der Infrastrukturabgabe an einen privaten Dritten (Bundestagsdrucksache 18/3990)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

18. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die beschriebene Erleichterung des Insektizideinsatzes in Naturschutzgebieten hinsichtlich der Aussagen des Gemeinsamen Informationspapiers von Bundesamt für Naturschutz (BfN) und Umweltbundesamt (UBA) zu „Pflanzenschutz im Wald“ (März 2015), wonach der großflächige Einsatz sowohl von Dipel ES als auch von Karate Forst eine erhebliche Gefährdung für Nichtzielorganismen darstellt, da das Risiko einer deutlichen Reduktion bis hin zur lokalen Ausrottung von Populationen ökologisch sensibler Arten besteht sowie eine ökologische Gefährdung durch die genannten Wirkstoffe auch Wochen nach der Anwendung existiert, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung der genannten Bundesumweltbehörden, dass die Auswirkungen der genannten Insektizide in Naturschutzgebieten auf gefährdete bzw. geschützte Arten auch bei Einhaltung der Anwendungsbestimmungen „unvertretbar hoch ausfallen“ können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

19. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Wird ein für Ende März 2015 geplantes Treffen zwischen dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Friedrich Kitschelt, sowie Vertretern der teilweise durch die extreme Rechte beeinflusste und gesteuerte Gruppierung „Pegida“ von der Bundesregierung unterstützt, und welche weiteren Kontakte seitens anderer Bundesministerien mit dieser Gruppierung bestehen (www.tagesspiegel.de/politik/pegida-und-saechsische-cdu-positiv-ueberrascht-vonden-leuten/11480566.html) (bitte begründen)?
20. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Wie viel Geld wurde in den letzten zehn Jahren für die Entwicklung durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH und der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Kosovo ausgegeben (bitte getrennt auflisten), und wie viele dieser Projekte wurden von einem unabhängigen Institut evaluiert (bitte die zehn letzten Projekte benennen)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

21. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf wessen Veranlassung hin wurde der kanzleramtsinterne Vermerk „Einstweilige Stilllegung nach § 19 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AtG“ in seinen zwei Fassungen vom Frühjahr 2011 erstellt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 18/4246), und welche Erinnerung an eine etwaige Nutzung des Vermerks in der Hausleitung jenseits des damaligen Abteilungsleiters 3 haben die damals an dem Vorgang beteiligten Personen, die heute noch im Bundeskanzleramt tätig sind, wie beispielsweise der Gruppenleiter 32 und das Referat 321 (vgl. o. g. Antwort der Bundesregierung in Verbindung mit damaligem und heutigem Organisationsplan des Bundeskanzleramtes)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

22. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Jahr 2015 und im Jahr 2014 im Zuge von Gesprächen mit den vier großen Energieversorgungsunternehmen, die vorrangig nichtnukleare oder zumindest nichtnuklearspezifische energiepolitische Fragen wie Versorgungssicherheit, Netzstabilität oder Kapazitätsmechanismen betreffen, auch über den weiteren Umgang mit deren Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung von Atomkraftwerken und Atommüll gesprochen, und falls ja, wann genau (bitte vollständige Auflistung mit jeweiligem Datum)?
23. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung nach dem Scheitern der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung die im „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE) hierfür veranschlagten 2,1 Millionen Tonnen CO₂-Einsparungen zu kompensieren, und welche Einsparungen bis zum Jahr 2020 würde ein späterer Beginn der steuerlichen Förderung (ab dem Jahr 2017 bzw. 2018) noch erbringen?

24. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass ein zentraler Bestandteil des NAPE der Bundesregierung die Top-Runner-Strategie ist, diesbezüglich seit Beschluss des NAPE sowohl national als auch bei der Europäischen Union gestartet, um die im NAPE angenommenen Effizienzpotenziale dieses Instruments zu heben?
25. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung inzwischen weitere Maßnahmen identifiziert und bzw. oder entschieden, wie sie die Einsparlücke schließen will, die nach wie vor besteht, um das Ziel, 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 einzusparen, zu erreichen, selbst wenn der NAPE komplett umgesetzt werden sollte?
26. Abgeordneter
**Christian
Kühn**
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern stellt die Bundesregierung einem Programm zur energetischen Quartierssanierung, wie vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel angekündigt, 3 Mrd. Euro zur Verfügung (vgl. www.deutsche-handwerks-zeitung.de), und welche Haushaltstitel soll das umfassen?
27. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es nach Informationen der Bundesregierung Fälle in Deutschland, bei denen bei oder nach Frackbohrungen Diesel eingesetzt wurde, beispielsweise durch Einfüllen in das Bohrloch, um dieses offen zu halten (bitte die konkreten Fälle mit Datum und Standort auflisten)?
28. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher konkreten Grundlage bzw. Berechnung soll die Untergrenze für eine Einbauverpflichtung von intelligenten Messsystemen bei einem Jahresstromverbrauch von 6 000 kWh liegen (siehe Eckpunktepapier der Bundesregierung „Baustein für die Energiewende: 7 Eckpunkte für das Verordnungspaket Intelligente Netze“), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik der Bundesnetzagentur (s. Stellungnahme der Bundesnetzagentur zum Eckpunktepapier der Bundesregierung vom Februar 2015), die stattdessen eine Untergrenze von 20 000 kWh/a vorschlägt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern steht die Bundesregierung mit der algerischen Regierung oder anderen algerischen oder internationalen Stellen in Kontakt, um die vom World Food Programme befürchtete Krise der Nahrungsmittelversorgung in den Lagern der Westsahara-Flüchtlinge (www.wfp.org/news/news-release/un-agencies-algeria-urge-continued-food-assistance-refugees-western-sahara) zu verhindern, und welche konkreten Maßnahmen plant sie auf nationaler, EU- und UN-Ebene zur Verhinderung dieser Krise zu unternehmen bzw. zu initiieren?
30. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse über die neu gegründete „Agentur für die Modernisierung der Ukraine“ (AMU), deren Hauptgeldgeber und Initiator der per Auslieferungsbegehren von den USA gesuchte Dmytro Firtasch ist und an der deutsche Politiker wie Peer Steinbrück (SPD) und Karl-Georg Wellmann (CDU) als Berater beteiligt sind, deren geplanter Fonds mit etwa 300 Mrd. US-Dollar dotiert sein soll (www.taz.de vom 4. März 2015 „Kriegsgewinnler suchen nach Beute“), wobei die Kosten für die Beratergruppe mitsamt Mitarbeitern zwischen 5 und 10 Mio. Euro letztlich über eine Finanzierung durch die Europäische Union gedeckt werden und bis dahin die „Zwischenfinanzierung“ durch ukrainische Unternehmer sichergestellt werden soll (www.faz.net vom 3. März 2015 „Wie Steinbrück der Ukraine helfen will“), und inwieweit sieht die Bundesregierung aus ihrer Kenntnis darin nicht die Gefahr, dass die Oligarchenherrschaft gestützt wird?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Mobilisierung der extremen Rechten (Parteien wie Die Rechte, Der Dritte Weg und die NPD sowie Personen aus dem extrem rechten Spektrum) zum Marsch ehemaliger Angehöriger und heutiger Sympathisanten der Lettischen Waffen-SS-Legionen am 16. März 2015, und inwieweit hat sich die Bundesregierung gegenüber der lettischen Regierung dafür eingesetzt, dass die Verherrlichung der im Jahr 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärten Waffen-SS untersagt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung aus Ratsarbeitsgruppen oder ihrer Mitarbeit in der EU-Grenzagentur FRONTEX darüber bekannt, inwiefern die Türkei zur Verhinderung unerwünschter Migration in Richtung der Europäischen Union Satellitenaufklärung erhalten soll oder sogar bereits erhält (www.foxnews.com/world/2015/03/04/turkey-seeks-eu-help-to-stop-ghost-ships-ferrying-hundreds-migrants-to-european, bitte benennen, seit wann und von welchen europäischen Einrichtungen diese geliefert werden), und inwiefern hält es die Bundesregierung für wichtig oder unwichtig, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, den Begriff „Geisterschiffe“ nicht mehr zu benutzen, da die hiermit bezeichneten Schiffe keine Gespenster, sondern Geflüchtete transportieren und diese aus meiner Sicht aufgrund ihrer grundsätzlichen Seetüchtigkeit geeignet sind, weitere Tausende Tote durch Ertrinken zu verhindern (bitte hierfür auch mitteilen, ob die Bundesregierung diesen Begriff in Ratsarbeitsgruppen benutzt)?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Behörden (bitte unter Angabe der Abteilung) gehören bzw. gehörten nach Kenntnis der Bundesregierung der „Bund-Länder-Projektgruppe ‚UAV‘ – ‚Detektion und Abwehr von zivilen Unmanned Aerial Vehicles‘“ des Unterausschusses Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung an (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 38, Plenarprotokoll 18/72), und welche konkrete Produkte (bzw. Techniken oder Verfahren) wurden als Antwort auf die „Sachstanderhebungen“ von den Firmen Rheinmetall AG, Airbus Space and Defense, ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH, Dedrone GmbH, MDBA Germany GmbH benannt bzw. angeboten (bitte für jede Firma einzeln schildern)?
34. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang erwarb und nutzte die Bundesregierung nebst nachgeordneten Behörden – v. a. Nachrichtendienste – seit dem Jahr 2010 Produkte und Dienstleistungen der Firma SAP, deren maßgebliche Ausstattung und Zuarbeit für die Überwachungstätigkeit der NSA (National Security Agency) nun berichtet wird (ARD-Magazin FAKT vom 10. März 2015) (bitte Antworten nach Ressorts und Euro aufschlüsseln), und welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, dass die NSA SAP-Produkte auch einsetzte bei der Überwachung von Telekommunikation der Bundeskanzlerin oder anderer

Bundesministerien sowie dafür, dass die dort verwendeten SAP-Produkte infiziert sind, sodass gegen Sicherheitsrisiken daraus nun nach meiner Auffassung Sofortmaßnahmen der Bundesregierung geboten wären?

35. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)

Inwieweit kann die Bundesregierung die Ergebnisse der Untersuchungen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) über die schwindende Schwimmkompetenz von Kindern in Deutschland (siehe u. a. „Deutschland – Land der Nichtschwimmer?“ im WDR-Fernsehmagazin Sport-Inside vom 1. September 2014 und „Deutschland plant den Untergang“ in FAZ vom 15. September 2014) bestätigen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, anknüpfend an die Erfahrungen mit dem „Goldenen Plan“ in den 60er- und 70er-Jahren mit einem „Goldenen Plan 2.0“ und weiteren Aktivitäten einen eigenen Beitrag für eine Entwicklung hin zu mehr Schwimmkompetenz von Kindern zu leisten?

36. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren zur Förderung des Schwimmunterrichts und der Stärkung der Schwimmfähigkeit von Kindern, zum Beispiel durch die Förderung von Baumaßnahmen an Schwimmbädern, Projektförderungen für Schwimmvereine oder sportwissenschaftliche Aktivitäten, getan, und welche diesbezüglichen Aktivitäten sind in den Jahren 2015 und 2016 geplant (bitte die jeweiligen Aktivitäten und dafür zuständigen Bundesministerien nennen)?

